

In Buchholz/Nordheide tagte die diesjährige Bezirksdelegiertenkonferenz des GEW-Bezirksverbandes Lüneburg. Auf der Tagesordnung standen nicht nur die turnusmäßigen Wahlen, einen großen Stellenwert hatte auch die Beschäftigung mit aktuellen gewerkschafts- und bildungspolitischen Themen.

Dazu gehörten in diesem Jahr selbstverständlich auch die Streiks im Rahmen der Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst. So wies Annegret Sloot, die Bezirksvorsitzende, gleich in ihrer Eröffnungsrede darauf hin, dass es bei dem Tarifkampf im öffentlichen Dienst nicht nur gegen Arbeitszeitverlängerungen und Stellenabbau gehe, sondern für viele Beschäftigte „auch um ihre soziale und berufliche Existenz“. Wenn es nicht gelinge, den Verschlechterungskurs aufzuhalten, dann sei die nächste Arbeitszeitverlängerung – auch für die beamteten Lehrkräfte – nur eine Frage der Zeit.

Möllring verteidigte seinen kompromisslosen Kurs in den Medien mit dem Hinweis, täglich 18 Minuten Arbeitszeitverlängerung seien bei einem sicheren Arbeitsplatz doch wohl zumutbar. Tatsächlich gehe es aber um viel mehr: „Es geht um den Erhalt des Flächenta-



Foto: Annegret Sloot

Große Geschlossenheit. Einstimmig verabschiedete die Bezirksdelegiertenkonferenz eine Resolution gegen den Entwurf der Landesregierung für eine „Eigenverantwortliche Schule“. Siehe auch www.gew-bvlueenburg.de

Delegiertenkonferenz des GEW-Bezirksverbandes Lüneburg

„Sozialabbau, Entdemokratisierung, Privatisierung“

Massive Kritik an den derzeitigen Tendenzen der Bildungspolitik

rifvertrags sowie um ein einheitliches Dienstrecht. Damit stehen nicht nur die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen auf dem Spiel!“ Die geplanten Arbeitszeitverlängerungen, so Annegret Sloot, verschlechterten die Rahmenbedingungen und damit auch die Qualität von Bildung. Außerdem erhöhe sich dadurch zwangsläufig die Arbeitslosigkeit.

Es geht um den Erhalt des Flächentarifvertrags

Aber die Arbeitgeber suchten die Auseinandersetzung um jeden Preis auch aus einem anderen Grund, sie „wollen den Flächentarifvertrag aushebeln. Sie wollen, dass die Arbeitsbedingungen in den Arbeitsverträgen frei verhandelt werden.“ Dann trete an die Stelle des Schutzes des kollektiven Arbeitsrechts das Diktat der Arbeitgeber.

Ein weiteres Ziel sei es aber auch, den Einfluss der Gewerkschaften entscheidend zu schwächen. Die Arbeitgeber wollten nicht nur einen Tarifkonflikt, sondern einen gesellschaftlichen Konflikt.

Begründet würden die drohenden Verschlechterungen damit, dass kein Geld da sei. Die öffentlichen Kassen seien leer, das sei aber nicht von Gott gegeben, „sondern die Folge der Steuerpolitik, die in den letzten Jahren ausgerechnet die Reichsten massiv entlastet hat“. Annegret Sloot erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass die Gewinne der Deutschen Bank im 3. Quartal 2005 um 31

Prozent auf 6,6 Milliarden gestiegen seien, dass aber gleichzeitig 6400 Stellen gestrichen werden sollen. Eine ähnliche Entwicklung gebe es bei der Deutschen Telekom. Dort wolle man bei einem Gewinn von 2,4 Milliarden in derselben Zeit bis 2008 ca. 32.000 Arbeitsplätze abbauen. Die Folge davon sei, dass immer weniger Beschäftigte noch ein so genanntes Normalarbeitsverhältnis hätten und immer mehr Menschen in ungeschützten Jobs arbeiten müssten, die kaum zur Existenzsicherung ausreichten.

Soziale Spaltung unserer Gesellschaft nimmt zu

Das Armutrisiko sei in den letzten Jahren stetig gestiegen. Ganz besonders davon betroffen seien auch die Jüngsten: „Ein Drittel aller Kinder lebt in Deutschland unter der Armutsgrenze, ein weiteres knapp darüber.“

Die soziale Spaltung unserer Gesellschaft nehme immer stärker zu. Zur gleichen Zeit würden mit viel Geld Kampagnen inszeniert von Einrichtungen wie der Initiative neue Soziale Marktwirtschaft, die für Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie und unterstützt vom Institut der Deutschen Wirtschaft Köln den Menschen in unserem Land die Botschaft vermitteln wollten, der Staat müsse sich auf seine Kernkompetenz beschränken, bisher staatliche Bereiche müssten privatisiert werden und die Bürokratie müsse abgebaut werden. Erst dann gehe es aufwärts. Diese Politik der zuneh-

menden Privatisierung aller Bereiche der sozialen Daseinsfürsorge diene aber nur denjenigen, die daraus Kapital schlagen könnten, ruiniere aber gleichzeitig den Sozialstaat!

Zum Abschluss ihrer Ausführungen wies Annegret Sloot darauf hin, dass zunehmend auch das Bildungswesen in das Interesse der großen Medienunternehmen wie z.B. Bertelsmann gerate, dass auch Bildung zur Ware werden solle – mit allen damit verbundenen negativen Folgen.

Kritische Auseinandersetzung mit der Schulpolitik

Lutz Kokemüller, Bezirkssekretär von ver.di, lenkte in seinen Grußworten dann noch einmal den Blick der Delegierten auf den Tarifkampf im öffentlichen Dienst. Er machte deutlich, dass es gegenwärtig auf Seiten der Arbeitgeber keinerlei Kompromissbereitschaft gebe, sondern mit einer geradezu beispiellosen Arroganz die Konfrontation um jeden Preis gesucht werde. Wenn es dabei tatsächlich nur um 18 Minuten täglich gehe, wie die Arbeitgeberseite in der Öffentlichkeit immer behaupte, sei diese Kompromisslosigkeit nicht nachzuvollziehen. Tatsächlich gehe es auch um mehr: um einen weiteren massiven Abbau von Arbeitsplätzen. Inzwischen würden nämlich auch schon Forderungen nach einer 42-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst erhoben. Letztlich stünden damit Millionen von Arbeitsplätzen zur Disposition – und damit auch die Zukunft von Kindern und

Jugendlichen. Er rief die Delegierten auf, die Streikmaßnahmen von ver.di ebenso zu unterstützen wie die geplanten Protestaktionen in der nächsten Zeit.

Auch Eberhard Brandt, der Landesvorsitzende der GEW, übte massive Kritik am Verhalten der Arbeitgeber in den Tarifauseinandersetzungen. Wulff und Möllring wollten die Tarifverträge aushöhlen bis zur Beliebigkeit und sie damit ihres Schutzcharakters berauben. Der Finanzminister nutze dabei den Sozialabbau der Vergangenheit, um im Namen der „Gerechtigkeit“ weitere Verschlechterungen zu fordern. Arbeitszeitverlängerungen, so Eberhard Brandt, seien dann die Grundlage für entsprechende Maßnahmen für Lehrkräfte.

Anschließend setzte er sich kritisch auseinander mit der gegenwärtigen „Schulpolitik in Niedersachsen“ und zeigte auf, dass auch diese Teil einer neoliberalen Umstrukturierung des Bildungswesens ist. Die propagierte Eigenverantwortlichkeit der Schulen beinhaltet nämlich nichts anderes als einen Abbau der demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten. Außerdem werde die geplante Föderalismusreform gerade im Bildungsbereich dazu führen, dass die Unterschiede der Lebensverhältnisse in den Bundesländern immer größer werden würden – auch das ein Prozess, der mit demokratischen Grundprinzipien nicht vereinbar sei. Darüber hinaus gebe es nach wie vor Bestrebungen, den Bereich der Bildung für Privatisierungsbestrebungen zu öffnen. Kollege Brandt appellierte an die Delegierten, alles dafür zu tun, dass der Protest gegen diese Entwicklung deutlich werde.

Am Nachmittag zeigte dann Stephan Lindner, Mitglied des Bundeskoordinationsausschusses von Attac Deutschland, welche fatalen Folgen für Sozialstaat und Bildungsbereich die Verhandlungen über die öffentlichen Dienste auf EU-Ebene haben könnten. Er



Foto: Hermann Sczesny

Rückhalt für den Vorstand. Bei den Wahlen gab es hervorragende Ergebnisse. Auf unserem Foto von links: Renate Ahlers-Göbel, Tomma Heeren, Reinhard Ries, Uwe Nordhoff, Annegret Sloot, Helmut Feldmann, Christiane Lohe, Uwe Dittmer.

machte dabei deutlich, dass EU-Vereinbarungen unter Umständen nationale Regelungen außer Kraft setzen können und dass auf diese Weise Tür und Tor für eine Privatisierung des Schul- und Hochschulwesens geöffnet werden könnten. So gebe es schon jetzt Bestrebungen des Verbandes der privaten Hochschulen, dafür entsprechende gesetzliche Grundlagen zu schaffen. Auch hier drohe also eine Zerstörung des öffentlich finanzierten Bildungswesens, gelänge es nicht, diese Bestrebungen zu verhindern.

Dass auch die große Mehrzahl der über 120 Delegierten aus dem ganzen Regierungsbezirk Lüneburg die vorgetragene Kritik teilte, zeigte sich bei den Abstimmungen z.B. über eine Resolution zum Schulgesetzentwurf, in der die geplanten Veränderungen des Niedersächsischen Schulgesetzes durch die Lan-

desregierung einstimmig abgelehnt werden, weil diese nicht dazu geeignet sind, „zur Qualitätsverbesserung der Arbeit in den Schulen zum Wohle der Schülerinnen und Schüler beizutragen“.

Deutlich wurde die Zustimmung der Delegierten zur Politik des Bezirksvorstandes aber auch in den Wahlergebnissen. In ihren Ämtern bestätigt wurden als Kassensführer Reinhard Ries (Kirchlinteln), als Team für das Referat Beamten- und Angestelltenrecht Lilo Brix-Kutsch (Osterholz-Scharmbeck) und Cornelia Temmler (Celle), als Team für das Referat Gewerkschaftliche Bildung Christiane Lohe (Breddorf) und Uwe Dittmer (Osterholz-Scharmbeck), Cordula Mielke (Bothel) als Mitglied des Teams Referat Allgemeinbildende Schulen, neu hinzu gewählt wurde hier Marianne Müller (Uelzen). **UWE NORDHOFF**